

Europa: Quo vadis?

Der Beitrag der Europäischen Union zur globalen Friedens- und Sicherheitsfrage

21. bis 22. November 2019 Evangelische Akademie Bad Boll

Europa als Friedensmacht Voraussetzungen, Herausforderungen, Perspektiven

A. Mein Hintergrund

I. Ich spreche auf dem Hintergrund meiner Erfahrung als Vorsitzende des europaweiten ökumenischen Netzes von **Church and Peace**. Die Wurzeln von Church and Peace liegen fast 70 Jahre zurück.

1948, nach dem Ende des 2. Weltkriegs wurde in Amsterdam der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) gegründet. „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ war eine der zentralen Botschaften. Die Mitgliedskirchen wurden aufgefordert, ihre Kriegs- und Friedenstheologie kritisch zu hinterfragen. Der ÖRK bat die historischen Friedenskirchen (wie die Quäker, Mennoniten und Brethren), sich aktiv an dieser Diskussion zu beteiligen. So organisierten sie ab 1949 verschiedene theologische Konsultationen mit Menschen aus den sogenannten Volkskirchen Europas, zusammen mit Vertreter*innen des Internationalen Versöhnungsbundes und der historischen Friedenskirchen in Nordamerika. Die theologischen Diskussionen brachten jedoch keinen wirklichen Durchbruch.

1978 kam es zur Gründung von Church and Peace als ein europäisches, internationales und interkonfessionelles Netzwerk für Menschen aus Gemeinschaften, Kirchen und Friedensorganisationen, die sich für Friedensarbeit und Gewaltfreiheit engagieren – im Gebet, in der theologischen Reflexion, im gemeinsamen Leben, in der Sorge für bedrängte Menschen, im Widerstand gegen Waffenexport und Militarisierung und Vieles mehr. Church and Peace umfasst heute rund 100 Einzel- und Körperschaftsmitglieder in West-, Ost- und Südosteuropa. Wir bilden ein Netzwerk aus inzwischen vierzehn europäischen Ländern, darunter Kosovo/a, Kroatien, Mazedonien und Serbien - Gruppen in Südosteuropa, die besonders herausgefordert sind durch die wieder aufflammenden Spannungen in der Region. Überall dort sind Menschen, die in ihrem eigenen Umfeld oder in Friedenseinsätzen die Gewaltfreiheit üben und leben und das Netz als Stärkung brauchen.

II. Die katholischen Bischofskonferenzen Europas und die 104 protestantischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) haben sich 2001 in der **Charta Oecumenica** verpflichtet, in der Nachfolge Jesu Christi für Versöhnung und Frieden einzutreten.

In dem Abschnitt *'Unsere Verantwortung in Europa'* heißt es:

„...Die Kirchen fördern eine Einigung des europäischen Kontinents. Ohne gemeinsame Werte ist die Einheit dauerhaft nicht zu erreichen. Wir sind überzeugt, dass das spirituelle Erbe des Christentums eine inspirierende Kraft zur Bereicherung Europas darstellt. Aufgrund unseres christlichen Glaubens setzen wir uns für ein humanes und soziales Europa ein, in dem die Menschenrechte und Grundwerte des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Toleranz, der Partizipation und der Solidarität zur Geltung kommen...

Als Kirchen und als internationale Gemeinschaften müssen wir der Gefahr entgegentreten, dass Europa sich zu einem integrierten Westen und einem desintegrierten Osten entwickelt. Auch das Nord-Süd-Gefälle ist zu beachten. Zugleich ist jeder Eurozentrismus zu vermeiden und die Verantwortung Europas für die ganze Menschheit zu stärken, besonders für die Armen in der ganzen Welt.“ (III.7)

Und später heißt es: „Wir engagieren uns für eine Friedensordnung auf der Grundlage gewaltfreier Konfliktlösungen.“ (III.8)¹

III. Im Dezember 2007 wurde der **Vertrag von Lissabon** verabschiedet und trat am 1. Dezember 2009 in Kraft. In Art.2 heißt es: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“²

Artikel 3.5 fährt fort: „In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Sie leistet einen Beitrag zu **Frieden, Sicherheit**, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.“³

IV. Das Wort Sicherheit spielt auch in den **biblischen Büchern** eine wichtige Rolle:

Beim Propheten Hosea heißt es: *An jenem Tage will ich einen Bund für sie schließen mit den Tieren auf dem Felde, mit den Vögeln unter dem Himmel und mit dem Gewürm des Erdbodens und will Bogen, Schwert und Rüstung im Lande zerbrechen und will sie SICHER WOHNEN lassen. (Hos 2,20)*

Darum tut nach meinen Satzungen und haltet meine Rechte, dass ihr danach tut, auf dass ihr im Lande SICHER WOHNEN könnt. Heißt es in 3.Mo 25,18 - und diese Ansage steht im Zusammenhang der Regeln für das Erlassjahr. Alle sieben Jahre soll sich das Land erholen, sollen die Schulden ausgelöst, der Schuldknecht freigelassen werden, Gerechtigkeit wieder hergestellt werden – auf dass sie alle sicher wohnen. Denn immer dann, wenn Gerechtigkeit und Recht verletzt werden, ist auch die Sicherheit in Gefahr. Gerechtigkeit und Recht – das bedeutet: Jeder Mensch, jedes Kind, jede Frau, jeder Mann braucht die ihm oder ihr angemessenen Lebensbedingungen.

Der Zuspruch und die Auseinandersetzung darum zieht sich durch alle biblischen Bücher, steht im Herzen unseres Glaubens. Krieg schien zu Zeiten der hebräischen Bibel ein Grundphänomen menschlicher Existenz zu sein. Dem widersetzt sich der Gott Israels.

Gerechtigkeit und Friede, Schutz für Flüchtlinge, Barmherzigkeit für Witwen und Waisen, Schalom für das Land, Schalom für die Städte.

Gott ergreift Partei, rückt die Verhältnisse zurecht für die, die kein Recht bekommen.

Gerechtigkeit geschieht. Menschen erleben, dass der, auf den sie sehnsüchtig gewartet haben, der Messias, der Friede ist, dass Jesus ihre Bedürftigkeit spürt, dass er auf ihre Bedürfnisse antwortet, dass er ihre

1 <http://www.ceceurope.org/wp-content/uploads/2015/07/ChartaOecumenicaDE.pdf>

2 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:12016M002>

3 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:12016M003>

innere und äußere Not heilt. In Sicherheit wohnen - mit Leib und Seele - und Gerechtigkeit leben - mit Leib und Seele - das gehört zusammen, das ist nicht zu trennen.

In der weltweiten Ökumene gab es - nach vielen Jahrhunderten des Paradigmas vom ‚gerechten Krieg‘ - einen Prozess hin zu dem des „Gerechte Friedens“, als Zusammenhang von Frieden und Recht, Gerechtigkeit und Sicherheit - parallel zu dem internationalen Prozess hin zum Konzept der ‚geteilten, gemeinsamen Sicherheit‘ und der Sustainable Development Goals.

Auf diesem Hintergrund schaue ich als Theologin auf gegenwärtige Entwicklungen der Europäischen Union, die ich, die viele Menschen für bedenklich halten, und ich benenne Herausforderungen und Perspektiven:

B. Ein sicheres Europa – zivil und/oder militärisch?

Was bedeutet Sicherheit für Europa? Darum gibt es Streit. Ausgangspunkte sind:

- die ‚überraschenden‘ Flüchtlingsströmen aus Kriegs- bzw. Krisengebieten im Nahen Osten und einigen Regionen Afrikas,
- die verheerenden Terroranschlägen in verschiedenen europäischen Städten
- die Herausforderungen an der Ostgrenze der EU.

Als Antwort hat Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, am 28. Juni 2016 die neue Außen- und Sicherheitsstrategie der EU vorgestellt.⁴ Darin plädiert sie für ein starkes Europa, das größere Verantwortung für seine Sicherheit übernimmt und das in der Lage ist abzuschrecken sowie dazu, auf Bedrohungen von außen wirkungsvoll zu antworten und uns gegen sie zu schützen.⁵

Und im Juni 2017 veröffentlichte die Europäische Kommission folgende Pressemitteilung: „In ganz Europa machen sich die Menschen Sorgen über ihre Sicherheit und die ihrer Kinder. Wir müssen in diesem Bereich mehr tun und besser werden.“⁶ Und ein ganzes Bündel von Maßnahmen wurde installiert:

I. Im November 2017 beschlossen die Verteidigungsminister*innen der 28 EU-Mitgliedsstaaten die **Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO).**

„Man befinde sich in einer „existentiellen Krise“, das „europäische Projekt“ und damit auch „Frieden, Wohlstand und Demokratie“, würden aktuell „in Frage gestellt“, so die düstere Lageeinschätzung. (EUGS: S. 11). Als Interessen, die es dabei zu schützen – sprich: militärisch durchzusetzen – gelte, benennt die Globalstrategie ein „offenes und faires Wirtschaftssystem“ und den „Zugang zu den natürlichen Ressourcen“ (EUGS: S. 36). Als »Area of Responsibility«, der geografische Raum, in dem derartigen Ambitionen auch militärisch Nachdruck verliehen werden soll, benennt das Dokument Länder „in unserer östlichen Nachbarschaft, die bis nach Zentralasien reicht“ und alle Staaten im Süden „bis nach Zentralafrika“ (EUGS: S. 20). Der »Schutz« von Handelswegen sei ferner „im Indischen Ozean“, „im Mittelmeer“, am „Golf von Guinea“ bis hin zum „Südchinesischen Meer“ und der „Straße von Malakka“ zu gewährleisten (EUGS: S. 36)... » „Die Strategie nährt den Anspruch auf strategische Autonomie der Europäischen Union. Das ist notwendig, um die gemeinsamen Interessen unserer Bürger sowie unsere Grundsätze und Werte zu fördern.“ (EUGS: S. 5)...⁷

4 Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe - A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy, S. 22, http://eeas.europa.eu/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf

5 http://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2017/06/CP-PM-EU-D_7-2016.pdf

6 <https://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2017/11/PM11.17-D-finV.pdf>

7 s. Jürgen Wagner PESCO: DAS MILITARISTISCHE HERZ DER EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSUNION

- Politische Autonomie bedeutet, über die für notwendig erachteten Entscheidungsstrukturen für schnelle und reibungslose Beschlussfassungen zu verfügen;
- operative Autonomie schließt die Bereitstellung aller Planungskapazitäten sowie der entsprechenden Truppen und des Materials ein, um selbstständig militärisch agieren (und gewinnen) zu können;
- und erst die industrielle Autonomie versetzt in die Lage, durch militärische Macht aus »heimischer« Produktion wirklich unabhängig agieren zu können, was allerdings die Existenz eines entsprechenden rüstungsindustriellen Komplexes erfordert.“⁸

PESCO könnte eine bessere Abstimmung der Ziele, Strategien und Ressourcen der Mitgliedsstaaten der EU bedeuten, aber es heißt vor Allem:

- die Verpflichtung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben,
- die Aufstockung der nationalen Verteidigungsausgaben der EU-Mitgliedstaaten um mehrere hundert Millionen EU-Haushaltsmittel für den Europäischen Verteidigungsfonds,
- verstärkte Maßnahmen zum "Schutz" der europäischen Grenzen,
- das Risiko, dass die verfassungsmäßigen Bedingungen – wie der deutsche Parlamentsvorbehalt - nicht eingehalten werden.

Das Hauptproblem bestehe darin, dass die Mitgliedsstaaten der EU aktuell 178 große Waffensysteme (davon 29 Kampfschiffe, 16 Kampfflugzeuge und 19 Kampfpanzer) unterhalten. Bundeskanzlerin Angela Merkel dazu: „Es wird jetzt daran gearbeitet, dass aus 178 europäischen Waffensystemen so viele werden, wie die Amerikaner haben, nämlich 30.“ Allerdings legen diverse Studien nahe, dass durchaus Zweifel angebracht sind, ob eine Konsolidierung des Sektors zu den erwarteten Effizienzsteigerungen führen würde.“⁹

Und dazu noch ein Zitat aus einem Artikel der »Wirtschaftswoche«: „Vor allem von einer Initiative namens PESCO erhoffen sich die Waffenbauer mittelfristig einen neuen Boom. [...] Die Einkaufsgemeinschaft PESCO [soll] viele Milliarden bündeln. [...] Und da die neuen Systeme gleichzeitig in hoher Qualität und großer Stückzahl gebaut werden sollen, „profitieren vor allem die technisch führenden deutschen Unternehmen“, sagt Heinz Schulte, Chef des Branchen-Informationsdienstes griephan.“¹⁰

Vor wenigen Tagen, am 12.11., haben die Verteidigungsminister*innen weitere 13 zu den vorhandenen 34 PESCO-Projekten beschlossen, von denen Frankreich in 10 führend ist und in 30 teilnimmt, Deutschland in 6 führt und in 16 teilnimmt. Die Mitgliedsstaaten widersprachen jedoch Frau Mogherini, die die Daten und Finanzierungen öffentlich machen wollte.¹¹

II. Im Februar 2018 begann die Debatte über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 der EU. Er beinhaltet den Vorschlag zum Aufbau eines einzigen sogenannten „externen Instruments“ anstelle von bisher zwölf außenpolitischen Instrumenten u.a. für Entwicklung, Nachbarschaftspolitik, Menschenrechte und Demokratie, Konfliktprävention und Friedensstiftung. Mindestens 10 Prozent des Budgets von rund 89 Milliarden Euro in aktuellen Wechselkursen sollen für die Migrationskontrolle eingesetzt werden.

Europäische Studien zur Außen- und Friedenspolitik hg. von Özlem Alev Demirel MdEP Nr. 1 / 2019, S.19
 Artikel 42(6) eröffnet die Option, sich auch im Militärbereich unter dem Dach der Europäischen Union zu Kleingruppen zusammenschließen zu können. Artikel 46(1) regelt, dass die Teilnahmeberechtigung an der PESCO an die Erfüllung bestimmter »Kriterien« gekoppelt ist.

8 s.o., S. 11f

9 S. o. S.13

10 Deutsche Waffenbauer hoffen auf Rüstungsboom, Wirtschaftswoche, 09.01.2018

11 http://enaat.org/wp-content/uploads/2019/11/ENAAAT-NBB-2019-4_15.11.2019.pdf, S. 3, Stand 19.11.19

Und das neue Einzelinstrument soll darüber hinaus „einen starken Schwerpunkt im Bereich Migration“ haben¹², d.h. im Klartext Sicherung der EU-Außengrenzen.

Eine Vereinfachung der Prozesse und bis zu einem gewissen Grad auch eine Erhöhung der Flexibilität kann zwar befürwortet werden, doch die Abschaffung getrennter Mittel für Entwicklung, zivile Friedenskonsolidierung, Demokratie und Menschenrechte werden aber wesentlichen Grundlagen einer starken Zivilgesellschaft geschwächt.

Die Diskussionen über den nächsten EU-Haushaltszyklus sind aktuell auf der Ebene der Mitgliedstaaten blockiert. Die Hauptpunkte der Meinungsverschiedenheiten sind miteinander verbunden:

- die Höhe des Haushalts (vorgesehen 1.279 Mrd.€ (2014-2020 beträgt er 1.083 Mrd €, für 2020 168Mrd. €.)
- die Aufteilung in "alte" (Landwirtschaft, insbesondere Kohäsionsfonds) und "neue" Politiken wie Verteidigung und Sicherheit - EU-Eigenmittel
- Rechtsstaatlichkeit (d.h. die Möglichkeit, den Zugang zu EU-Mitteln mangels Achtung der Rechtsstaatlichkeit durch einen Mitgliedstaat auszusetzen) ...

Der finnische Vorsitz sollte den nationalen Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Gipfel im Dezember neue Kompromissvorschläge unterbreiten. Die Verzögerung könnte dazu führen, dass der neue MFR nicht rechtzeitig fertig wird und dass der EU-Haushalt 2021 eine bloße Fortsetzung des Haushalts 2020 sein könnte, so dass sich auch der voll ausgestattete Europäische Verteidigungsfonds verzögern würde.“¹³

III. Und damit zu einem weiteren Baustein europäischer Sicherheitspolitik:

Ich zitiere aus unserer PM zum Thema¹⁴:

Mit Enttäuschung und Protest reagiert ...Church and Peace auf die Entscheidung des Europaparlaments von Gründonnerstag, dem 18. April 2019, **die Verordnung für den Europäischen Verteidigungsfonds** zu beschließen und damit den Weg dafür frei zu machen, dass im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (2021 – 2027) 13 Mrd. € für Forschung und Entwicklung von Rüstungsgütern vorgesehen sind. Damit wird die EU erstmals zum Finanzierer der europäischen Rüstungsindustrie, und zwar mit Geldern aus dem gemeinsamen Haushalt, die für zivile Aufgaben fehlen werden.¹⁵ Ergänzt werden soll diese Summe außerdem durch 6,5 Mrd. € für ‚Militärische Mobilität‘, vor allem für schnelle Truppenverlegungen in Europa. Entsprechende Einsparungen bei den nationalen Verteidigungshaushalten sind nicht geplant. Gleichzeitig sollen die Aufgaben für zivile Krisenprävention und Friedensförderung, im EU-"Instrument für Stabilität und Frieden", im laufenden Haushalt noch 2,3 Mrd Euro, in den nächsten sieben Jahren mit weniger als 1 Mrd Euro auskommen. Mit 328 gegen 231 Stimmen wurde die Verordnung für den Verteidigungsfonds am letzten Tag der Legislaturperiode beschlossen.

In den Parlaments-Debatten und Verhandlungen zwischen Parlament, Kommission und Rat während der letzten Monate war es immerhin durch Initiative der GREENS/EFA gelungen, unbemannte Killerdrohnen aus den förderungswürdigen Projekten auszuschließen. Enthalten sind aber weiterhin bewaffnete Drohnen und Massenvernichtungswaffen wie z.B. Nuklearwaffen.

12 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_18_3570; https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-neighbourhood-development-cooperation_en.pdf

13 http://enaat.org/wp-content/uploads/2019/11/ENAAT-NBB-2019-4_15.11.2019.pdf, S.4 Stand 19.11.19

14 <https://www.church-and-peace.org/2019/04/protest-13-mrd-euro-fur-die-ruestungsindustrie>

15 Nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI belaufen sich die Rüstungsausfuhren der EU-Mitgliedsstaaten auf 27 Prozent der weltweiten Gesamtausfuhren(2013-2017).

Die Grünen (GREENS/EFA), die Linken (GUE/NGL) und Teile der Sozialdemokraten (S&D) haben vergeblich versucht, weitere inakzeptable Aspekte des Beschlusses zu verhindern. Dazu gehört, dass das Parlament keinen Zugriff auf die Vergabe und Kontrolle der Gelder sowie auf die Ausfuhr der Rüstungstechnologien in Länder außerhalb der EU haben wird. So wird es auch nicht überprüfen können, ob etwa der Gemeinsame Standpunkt, der vom Europäischen Rat beschlossen wurde, verletzt wird.

IV. Der **Gemeinsame Standpunkt des Europäischen Rates aus dem Jahre 2008**¹⁶ könnte Rüstungsexporte eingrenzen bzw. das, was unentwegt passiert, dass Waffen in Krisengebiete exportiert werden, verhindern.

Dazu hieß es am 16. September: „...Der Rat hat heute einen Beschluss zur Änderung des Gemeinsamen Standpunkts des Rates vom 8. Dezember 2008 über die Kontrolle von Waffenausfuhren sowie einen überarbeiteten Leitfaden angenommen...¹⁷ In den Schlussfolgerungen weist der Rat darauf hin, dass er die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern stärken möchte und eine engere Zusammenarbeit und mehr Konvergenz im Bereich der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) anstrebt. Hierzu sollen **hohe gemeinsame Standards** für die von allen Mitgliedstaaten bei Transfers von Militärtechnologie und Militärgütern zu befolgende Praxis festgelegt, aufrechterhalten und durchgesetzt werden.

Der Rat bekräftigt, dass der **Handel mit Militärtechnologie und Militärgütern den Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht unterliegen sollte**. Er bekräftigt außerdem, dass er die Zusammenarbeit und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten fördern will, um zu verhindern, dass Militärtechnologie und Militärgüter ausgeführt werden, die zu interner Repression oder internationaler Aggression eingesetzt werden oder zu regionaler Instabilität beitragen könnten.“

Das klingt gut. Das Problem ist, dass niemand den Gemeinsamen Standpunkt ernstnimmt, da die Mitgliedsstaaten, die ihn nicht einhalten, keine Sanktionen zu fürchten haben. Deshalb wird so verächtlich

¹⁶ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008E0944&from=DE>

Die acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts im Wortlaut, s. Anm. 16

Kriterium 1: Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten, insbesondere der vom UN-Sicherheitsrat oder der Europäischen Union verhängten Sanktionen, der Übereinkünfte zur Nichtverbreitung und anderen Themen sowie sonstiger internationaler Verpflichtungen

Kriterium 2: Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch das Endbestimmungsland

Kriterium 3: Innere Lage im Endbestimmungsland als Ergebnis von Spannungen oder bewaffneten Konflikten

Kriterium 4: Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region

Kriterium 5: Nationale Sicherheit der Mitgliedsstaaten und der Gebiete, deren Außenbeziehungen in die Zuständigkeit eines Mitgliedsstaats fallen, sowie nationale Sicherheit befreundeter und verbündeter Länder

Kriterium 6: Verhalten des Käuferlandes gegenüber der internationalen Gemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung seiner Haltung zum Terrorismus, der Art der von ihm eingegangenen Bündnisse und der Einhaltung des Völkerrechts

Kriterium 7: Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen

Kriterium 8: Vereinbarkeit der Ausfuhr von Militärtechnologie oder Militärgütern mit der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Staaten bei der Erfüllung ihrer legitimen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse möglichst wenige Arbeitskräfte und wirtschaftliche Ressourcen für die Rüstung einsetzen sollten

¹⁷ <https://www.consilium.europa.eu/media/40660/st12195-en19.pdf>

„Der Ratsbeschluss trägt einigen Entwicklungen auf europäischer sowie auf internationaler Ebene Rechnung, die seit Annahme des Gemeinsamen Standpunkts im Jahr 2008 zu neuen Verpflichtungen und Zusagen der Mitgliedstaaten geführt haben. Insbesondere ist am 24. Dezember 2014 der Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty – ATT) in Kraft getreten, der den internationalen Handel mit konventionellen Waffen regelt. Alle EU-Mitgliedstaaten sind dem ATT beigetreten. Ziel des ATT ist es, die höchstmöglichen gemeinsamen internationalen Normen für die Regelung oder die Verbesserung der Regelung des internationalen Handels mit konventionellen Waffen zu schaffen und den unerlaubten Handel mit konventionellen Waffen zu verhüten und zu beseitigen und deren Umleitung zu verhüten.“

darüber geredet, wie es bei einer öffentlichen Debatte der Ev. Akademie Berlin im Vorfeld der Europawahlen von Seiten der Vertreter der Koalition geschah.

V. Und ein weiteres neues Instrument - die sogenannte **Europäische Friedensfazilität.**

Zusammen mit 17 Organisationen haben wir im Oktober in einem Offenen Brief an Außenminister Heiko Maas den Entwurf für dieses Projekt kritisiert.

Schon im Juni 2018 hatten wir als Church and Peace geschrieben:

„Während wir einen milliardenschweren Fonds für zivile Friedensinitiativen sehr begrüßen würden, lehnen wir die Idee ab, einen Fonds als einen Beitrag zum "Frieden" zu bezeichnen, der gemeinsame Kosten für militärische Transporte zu out-of-area-Operationen, militärische Ausbildung und Ausrüstung, einschließlich der Bereitstellung tödlicher Waffen, und andere militärische Aktionen im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) finanziert.“¹⁸

So heißt es in dem Brief:

„Deshalb fordern wir Sie dringend auf, sehr geehrter Herr Außenminister, sich in den Verhandlungen zur sogenannten Europäischen Friedensfazilität für folgende Veränderungen des aktuellen Entwurfs einzusetzen:

- Finanzierung und Lieferung von Waffen, Munition und anderer Kampfausrüstung müssen explizit ausgeschlossen werden.
- Zivile Programme müssen immer Vorrang vor militärischen Mitteln im Rahmen der geplanten Europäischen Fazilität haben und in allen Phasen eines Konflikts zum Einsatz kommen.
- Menschliche Sicherheit darf nicht dem Ziel der Stabilisierung von Regimen untergeordnet werden. Die Förderung der Sicherheit der Zivilbevölkerung und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Repressionen und Menschenrechtsverletzungen muss oberstes Ziel sein...

Die Bilanz militärischer Ausbildungs- und Ausrüstungshilfen ist schlecht. Diese Programme stärken oft Regierungen, die selbst über keine demokratische Legitimation verfügen, sich nicht an Menschenrechtsvereinbarungen halten oder an Rechtsstaatskonventionen gebunden fühlen, und Sicherheitskräfte, die selbst Konfliktparteien sind. Der Verbleib ausgelieferter Waffen und militärischer Ausrüstung ist nur schwer zu kontrollieren, sie gelangen nachweislich auch in die Hände anderer bewaffneter Akteure. Die gewählte Bezeichnung ‚Friedensfazilität‘ für ein Budget von 10,5 Mrd. €, das ausschließlich zur Finanzierung von Ausbildung, Ausrüstung und Einsatz von Militär vorgesehen ist, kritisieren die Unterzeichner als unangemessen und irreführend. Statt unter dem Vorwand, Frieden fördern zu wollen, neue militärische Programme zu entwickeln, solle die Bundesregierung sich für den Ausbau der bewährten EU-Programme der zivilen Konfliktbearbeitung einsetzen.“

C. Sicherheit - Gerechtigkeit – Verwundbarkeit

I. Ein sicheres Europa - für uns bedeutet das: Ein Europa, das mit allen Kräfte an den Ursachen von Konflikten und Flucht arbeitet, d.h. für die Einhaltung der Menschenrechte (also keine Zusammenarbeit mit menschenverachtenden Regimen), nachhaltige Entwicklung, Klimagerechtigkeit, Sicherheit in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Willkommen und Schutz für bedrohte Menschen, faire Beziehungen zu den Regionen weltweit - und eine umfassende und konsequente Stärkung der zivilen Konfliktbearbeitung...

eine Fülle von Aufgaben, für die es eine Fülle von menschlichen und finanziellen Ressourcen braucht!

¹⁸ https://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2018/06/Erkl%C3%A4rung-zu-MFF-der-EU_0618.pdf

Die **Konferenz Europäischer Kirchen** (KEK) hatte vom 31.5. bis zum 6.6.2018 zu ihrer Vollversammlung nach Novi Sad/ Serbien eingeladen unter dem Thema ‚Ihr werdet meine Zeugen sein‘ (Acta1,8) - Zeugnis, Gerechtigkeit, Gastfreundschaft.¹⁹

Die **Schlusserklärung zur öffentlichen Verantwortung** der Vollversammlung beschreibt unter dem Stichwort ‚Sicherheit und EU-Politik‘ die Situation für den Frieden in Europa:

„Wir beobachten die Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene mit tiefer Besorgnis. Gewaltsame Konflikte, Terrorismus und die Zerstörung von Infrastruktur und Kultur nehmen zu, und mit ihnen die Legitimation weiterer Erforschung und Entwicklung, Produktion und Ausfuhr von Waffen sowie militärischer Interventionen. Sicherheit ist häufig die Chiffre, mit der diese Fragen diskutiert und begründet werden, insbesondere was den Terrorismus, die nationale Verteidigung und den Schutz der europäischen Grenzen angeht...

In ökumenischer Gemeinschaft mit dem ÖRK vertiefen wir unser Verständnis der herausfordernden Dimensionen des ‚gerechten Friedens‘²⁰ in Bezug auf alle Aspekte unseres privaten und politischen Lebens...

Wir sind uns bewusst, dass selbst wenn gewaltsame Mittel nur als letztes Mittel (ultima ratio) bereitgehalten werden, dies die Planung ziviler Maßnahmen während der früheren Phasen des Konflikts beeinflusst. Selbst in aussichtslos erscheinenden Situationen, in denen Gewalt so allgegenwärtig ist, dass Forderungen, ihr mit weiterer Gewalt zu begegnen, seitens der Opfer und auch bei uns selbst laut werden, beharren wir auf dem Einsatz gewaltloser Mittel gegenüber jedem Menschen – Mittel, die uns in der Nachfolge Christi in reichem Maß zur Verfügung stehen.“²¹

II. Im Vorfeld der Europawahlen haben wir als Church and Peace zusammen mit neun anderen Organisationen (darunter AGDF, Brot für die Welt, Forum Ziviler Friedensdienst; Ökumenische Konsultation Gerechtigkeit und Frieden) **Wahlprüfsteine**²² entwickelt – zu den Themen wie der Europäische Verteidigungsfonds, der Mehrjährige Finanzrahmen der EU, die Rüstungsexportpolitik, die Flüchtlingspolitik.

Darin fordern wir: „Zur Stärkung der zivilen Konfliktbearbeitung müssen gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst handlungsfähige Strukturen für die Krisenfrüherkennung, Konfliktbeilegung und Nachsorge geschaffen werden, dazu gehören u.a.:

- (1) Aufbau eines ständig verfügbaren und einsatzbereiten Personalpools für zivile Missionen jeglicher Art,
- (2) bessere und verlässlichere Finanzierung ziviler Friedensmissionen, nicht nur durch die Mitgliedstaaten der EU, sondern auch im Gemeinschaftshaushalt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik,
- (3) Trennung ziviler und militärischer Aufgaben,
- (4) Schaffung von Kapazitäten zur regelmäßigen Auswertung der zivilen Missionen sowie
- (5) Förderung der wissenschaftlichen Friedensforschung im Rahmen der EU, um unabhängige Analysen zur Außen- und Sicherheitspolitik zu gewährleisten...

19 <https://assembly2018.ceceurope.org>

20 <https://www.oikoumene.org/en/resources/documents/assembly/2013-busan/adopted-documents/statements/the-way-of-just-peace>

21 https://assembly2018.ceceurope.org/wp-content/uploads/2018/06/GEN_PUB_01_Public_Committee_Draft_Report_REVISIED_2_Antje_DE.pdf

22 <https://www.church-and-peace.org/2019/02/friedenspolitische-wahlpruefsteine-zur-wahl-zum-europaeischen-parlament-am-26-mai-2019/>

Die Beziehungen zwischen Russland und den EU-Mitgliedstaaten sowie den Vereinigten Staaten von Amerika haben sich in den vergangenen Jahren in einer besorgniserregenden Weise verschlechtert. Es zeichnet sich ein neuer Ost-West-Konflikt ab, der durch die Nato-Osterweiterung und durch die völkerrechtswidrige Besetzung von ukrainischen Gebieten durch Russland maßgeblich mit geprägt wurde. Diplomatische Beziehungen sind teilweise abgebrochen oder eingefroren worden, auch die Sanktionspolitik hat bis heute den Konflikt weder im engeren noch weiteren Sinne einer Lösung näher gebracht... Dieses Beispiel verdeutlicht vielmehr, dass sich die EU für eine Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) einsetzen muss. Die OSZE bildet ein bewährtes gesamteuropäisches System kollektiver Sicherheit, das auf Diplomatie und Vertrauensbildung setzt, Schiedsgerichtsverfahren für die friedliche Streitbeilegung vorhält und Einrichtungen zur Krisenverhütung, Konfliktbearbeitung und Rüstungskontrolle unterhält...All diese Dimensionen sollte die EU materiell und finanziell stärken, anstatt Sicherheit in erster Linie militärisch zu definieren und in die Unterstützung der NATO zu investieren.“

III. In den Monaten vor den Europawahlen haben wir außerdem eine europaweite öffentliche Kampagne von kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen mit dem Namen „**Rettet das Friedensprojekt Europa**“²³ eröffnet.

In dem Aufruf steht u. A.: „Die Europäische Einigung brachte nach dem Zweiten Weltkrieg Versöhnung zwischen Feinden. Damit wurde die Europäische Union weltweit zum Friedensprojekt mit Vorbildcharakter. Heute brauchen wir dringender denn je eine Europäische Union, die für Frieden und Menschenrechte eintritt – zu Hause und jenseits ihrer Grenzen...

Wir fordern, dass die Europäische Union ihre Stärken als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für Frieden durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt ausbaut. Den Europäischen Verteidigungsfonds lehnen wir ab. Der Vertrag von Lissabon verbietet die Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union. Diese Grundsätze sollten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments verteidigen und stärken...“

23.191 Menschen und hundertzehn Institutionen europaweit haben den Aufruf unterschrieben. Die Unterschriften wurden gestern der Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments Katarina Barley übergeben. Zu einem Fachgespräch kam von Seiten der MEPs leider allein die Grünen-Abgeordnete Hannah Neumann.²⁴

Dr. Martina Fischer (Brot für die Welt) berichtet: „Die ReferentInnen und DiskussionsteilnehmerInnen kamen zu dem Schluss, dass eine große Diskrepanz existiert zwischen den friedenspolitisch konstruktiven Erklärungen von EU-Institutionen einerseits und den aktuellen Finanzplanungen andererseits... Dem Appell zur Stärkung ziviler Missionen müssten Taten und vor allem Investitionen seitens der Mitgliedstaaten folgen, und auch die Bereitschaft zur Förderung von Mediations- und Präventionskapazitäten müsste sich faktisch in den Haushaltszahlen niederschlagen. Um diesen konstruktiven friedenspolitischen Ansätzen zur Umsetzung zu verhelfen, so lautete die Quintessenz der gestrigen Diskussionsrunde, sind weiterhin ein langer Atem und Allianzen zwischen ParlamentarierInnen und NGO-AktivistInnen erforderlich. Nur so gibt es eine Chance dafür, die EU als Friedensprojekt - in ihren zivilen Dimensionen und Kapazitäten als Brückenbauerin - wirklich zu entwickeln.“²⁵

23 <https://www.church-and-peace.org/2019/02/rettet-friedensprojekt-europa/>
<https://www.forumzfd.de/de/rettetdasfriedensprojekteu>

24 <https://www.forumzfd.de/de/friedens-aufruf-europaeisches-parlament-uebergeben>

25 <https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/20000-unterschriften-friedensprojekt-europa>

IV. Nochmal: Was bedeutet ‚sicher wohnen‘?

Die Konferenz Europäischer Kirchen sagt dazu: „Sicherheit ist ein grundlegendes menschliches Bedürfnis. Jeder Mensch sehnt sich nach und braucht Sicherheit, persönlich, sozial und politisch...Um unseren Ängsten und unserer gefährdeten Sicherheit zu begegnen, müssen wir unsere spirituellen Wurzeln vertiefen, die Bedürfnisse anderer besser verstehen und uns der Zerbrechlichkeit des menschlichen Lebens und wie auch Ökosysteme bewusst sein.

Wir sind eingeladen, in die Fußstapfen Jesu zu treten, der unter fortwährend unsicheren Bedingungen lebte, aber verwurzelt blieb in dem Gottvertrauen, dass er durch Leben und Tod hindurch sicher und behütet sei.

Wir sind eingeladen, auf die Botschaft zu vertrauen, dass das Reich Gottes „schon jetzt und noch nicht“ unter uns ist, und aufgefordert, uns aktiv für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung einzusetzen.“²⁶

Und die Friedensforscherin Susanne Luithlen stellt fest: „So schwer aushaltbar Ohnmacht angesichts von Gewalt und größter Not ist: Nichts spricht dafür, dass Gewalt das letzte Mittel ist, für das sie stillschweigend gehalten wird. Vielmehr befreit sie die, die sie ausüben von Ohnmachtsgefühlen, indem sie Komplexität reduziert und sich selbst und anderen Handlungsfähigkeit demonstriert.“²⁷

V. Was bedeutet Gewaltfreiheit?

Dies ist nicht der Ort für eine Theologie und Theorie der Gewaltfreiheit – und erst recht nicht für die vielen Beispiele für nachhaltiges gewaltfreies Handeln. Glücklicherweise gibt es einige Studien darüber, wie wirksam und vor allem auch nachhaltig gewaltfreie Handlungen sind. Leider finden Sie überhaupt keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit.²⁸

Die Evangelischen Kirche in Baden hat im letzten Jahr nun ein Konzept entwickelt unter dem Titel: Sicherheit neu denken. Darin heißt es: „Die gängige Weisheit scheint immer noch zu sein, dass Gewalt das "Böse" loswerden und damit jede Bedrohung der Sicherheit verbannen kann. Dieses Denken ist grundlegend für die sogenannte "Logik der Sicherheit". Aber es führt weder zu Sicherheit noch zu Frieden... Es geht darum, wie Bedrohungen in der Praxis auf eine andere, d.h. nichtmilitärische Weise angegangen werden können – ähnlich dem Prozess, der den Übergang von der Kernenergie zu alternativen Energiequellen entspricht...“

In konkreten Jahreszahlen wird beschrieben, welche Schritte nötig sein könnten, um bis zum Jahre 2040 von der militärischen Sicherheit zur zivilen Prävention und Konfliktbewältigung umzustellen. In diesem Szenario arbeitet Deutschland mit anderen Ländern als ziviler (im Gegensatz zu militärischen) Akteur innerhalb der EU, der OSZE, der UNO und der NATO zusammen.“²⁹ Ein spannendes Projekt!

Einige von uns kommen gerade von der **EKD-Synode zum Thema Frieden**. Nach intensiven, hochkontroversen Diskussionen hat sie dann doch fast einstimmig eine Kundgebung beschlossen. Unter der Überschrift „**Die europäische Verantwortung für den Frieden**“ heißt es dort:

26 https://assembly2018.ceceurope.org/wp-content/uploads/2018/06/GEN_PUB_01_Public_Committee_Draft_Report_RE-VISED_2_Antje_DE.pdf

27 <https://www.ziviler-friedensdienst.org/sites/ziviler-friedensdienst.org/files/anhang/publikation/zfd-unwirksam-und-hilflos-19815.pdf>, S. 16

28 z.B. Erika Chenoweth /Maria Stephan, Why civil resistance works. 2001. Eine Untersuchung von 323 gewaltsamen und gewaltfreien „Widerstandskampagnen“ aus den Jahren zwischen 1900 und 2006, von denen 105 gewaltfreier Art waren; die Untersuchung zeigt, dass gewaltfreie Kampagnen im Vergleich zu gewaltsamen Kampagnen eine doppelt so hohe Erfolgswahrscheinlichkeit hatten. Nur jede vierte gewaltfreie Kampagne scheiterte komplett, während nur etwas mehr als jede vierte gewaltsame Kampagne (26%) erfolgreich war.

29 https://www.ekiba.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html

„Die Stärke der EU sehen wir darin, mit zivilen, diplomatischen Mitteln Krisen vorzubeugen, zur Beilegung von Gewaltkonflikten beizutragen und kriegszerstörte Gesellschaften im Wiederaufbau zu unterstützen. Dauerhafter Frieden ist nur zu erreichen, wenn auch die Sicherheit anderer in den Blick genommen wird. Vertrauensbildende Maßnahmen und eine internationale gültige Rechtsordnung spielen dabei eine entscheidende Rolle.

- Gemeinsam mit den anderen Kirchen in Europa wollen wir eine klar vernehmbare Stimme für den Frieden sein. Wir setzen uns in den europäischen kirchlichen Vereinigungen wie Gemeinschaft Europäischer Kirchen in Europa (GEKE) und Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) für diese Ziele ein, wie sie z. B. in der „Charta Oecumenica“ (2001) beschrieben sind.
- Wir fordern, dass die EU vor allem die Institutionen unterstützt, die der Friedensförderung dienen. In Abstimmung mit den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat sollte sie die Instrumente für Mediation, Gewaltprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Nachsorge sowie für den Friedensaufbau systematisch ausbauen und finanziell deutlich besser ausstatten.
- Wir fordern, dass die gesamte EU-Politik und insbesondere die EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) durch faire Handelsbeziehungen, eine gerechte Agrarpolitik sowie glaubwürdige Klima- und Umweltpolitik friedensverträglich und im Sinne globaler Solidarität ausgestaltet werden.
- Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Schutzverantwortung für Flüchtlinge konsequent wahrzunehmen. EU-Missionen zur Seenotrettung sind dringend erforderlich. Es müssen sichere und legale Wege für Schutzsuchende in die EU sowie ein gemeinsames Asylsystem mit fairer Verteilung und möglichst hohen Verfahrens- und Aufnahmestandards geschaffen werden. Das in Artikel 18 der EU-Grundrechtecharta verankerte Recht auf Asyl muss garantiert werden. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, im europäischen Zusammenhang für den Globalen UN-Migrationspakt als Rahmen für eine gemeinsame Regelung migrationspolitischer Fragen zu werben.
- Wir fordern, dass die Regeln der EU zur Rüstungsexportkontrolle - im Einklang mit dem „Gemeinsamen Standpunkt der EU“ von 2008 - restriktiver umgesetzt werden und deren Einhaltung effektiver überwacht wird. Hier sind alle Mitgliedstaaten gefordert, ihre nationale Gesetzgebung und Kontrollinstanzen entsprechend auszurichten. Wir bitten die Bundesregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz in Deutschland vorzulegen und im Rahmen ihrer EU- Ratspräsidentschaft glaubwürdig dafür zu werben. Sowohl Exporte in Krisenregionen als auch militärische Kooperationen mit Drittstaaten außerhalb der Nato, die Menschenrechte und Demokratie missachten, untergraben die internationale Friedensordnung.“³⁰

Eine Fülle von Herausforderungen und Perspektiven, an denen wir dringend arbeiten müssen!

Antje Heider-Rottwilm, OKR. i.R, seit 1980 Mitglied im Laurentiuskonvent, von 1997 bis 2008 Leiterin der Europaabteilung der EKD, Mitglied im Zentralausschuss der Konferenz Europäischer Kirchen, mitbeteiligt an der Erarbeitung der „Charta Oecumenica“. Ab 2008 zusammen mit einer Gruppe des Laurentiuskonvents Aufbau des Ökumenischen Forums HafenCity in Hamburg. Seit 2009 Vorsitzende von Church and Peace, dem europäischen ökumenischen Netzwerk von historischen Friedenskirchen, Friedensgruppen und Einzelpersonen.
heider-rottwilm@church-and-peace.org, www.church-and-peace.org

³⁰https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Kundgebung-Kirche-auf-dem-Weg-der-Gerechtigkeit-und-des-Friedens.pdf, S.5